

Gute Regierungsführung, qualitatives Wachstum, Beschäftigung

September 2012

Autoren: Jonas Blume, Klaus Veigel
Redaktion: Kompetenzzentrum Governance

„Gute Regierungsführung und nachhaltige Entwicklung lassen sich nicht trennen. Das ist die Lehre aus all unseren Bemühungen und Erfahrungen von Afrika über Asien bis Lateinamerika. Ohne gute Regierungsführung [...] werden uns alle Gelder und alle Wohltätigkeit dieser Welt nicht auf den Weg zum Wohlstand bringen.“

Kofi Annan

Gute Regierungsführung ist eine Schlüsselvoraussetzung für qualitatives Wachstum

Nachhaltige, ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung erfordert nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern drückt sich auch in einer Erhöhung der Verteilungsgerechtigkeit, einer Verbesserung der Chancengleichheit und der sozialen Sicherheit, dem friedlichen Zusammenleben oder dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen aus.

Die Erfahrung in unseren Partnerländern zeigt, dass leistungsfähige staatliche Institutionen eine wichtige Voraussetzung für das

Was verstehen wir unter guter Regierungsführung?

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die folgenden Prinzipien guter Regierungsführung aufgestellt:

- Armutsorientierte und nachhaltige Politikgestaltung
- Achtung, Schutz und Gewährleistung aller Menschenrechte
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Leistungsfähigkeit und Transparenz des Staates
- kooperatives Verhalten in der Staatengemeinschaft

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2009), „Förderung von Good Governance in der deutschen Entwicklungspolitik“, BMZ Konzepte 172.

Erreichen dieser entwicklungspolitischen Ziele sind. Aus diesem Grund räumt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Förderung von guter Regierungsführung eine sehr hohe Priorität ein.

Förderung von guter Regierungsführung durch die KfW

Die KfW fördert gute Regierungsführung als Querschnittsthema sowie gezielt über Vorhaben in den Bereichen (1) Dezentralisierung und gute lokale Regierungsführung, (2) Budgethilfen zur Umsetzung nationaler Entwicklungsstrategien und (3) der Stärkung des öffentlichen Finanzwesens und der öffentlichen Verwaltung.

Bei **Dezentralisierungsreformen** handelt es sich um die Übertragung von Aufgaben und politischen Entscheidungsbefugnissen sowie finanziellen Ressourcen von der zentralstaatlichen Ebene an die mittleren (z. B. Provinzen) oder unteren (z. B. Städte, Gemeinden) Ebenen. Dadurch wird der Staat näher an die Bürger gebracht und staatliches Handeln stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet. Die KfW unterstützt diese Reformen beispielsweise durch den Aufbau oder die Finanzierung von nationalen Transfersystemen, die Stärkung der finanziellen Grundlagen der Gemeinden, die Förderung lokaler



Bau von lokaler Infrastruktur in Mosambik: Arbeitsplätze und Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum. Quelle: KfW-Bildarchiv / photothek.net

wirtschaftlicher Infrastruktur oder den Aufbau lokaler Verwaltungsinstitutionen.

Das Instrument der **Budgethilfe** unterstützt reformorientierte Regierungen in ausgewählten Partnerländern dabei, ihre nationalen Entwicklungsstrategien umzusetzen. Die Budgethilfe wirkt zum einen über finanzielle Anreize: Zahlungen fließen direkt in den Haushalt des Partnerlandes und sind daran gebunden, dass gemeinsam vereinbarte Ziele erreicht werden. Zum anderen begleitet die KfW die Budgethilfe mit fachlicher und technischer Unterstützung, zum Beispiel über das Mitwirken in nationalen Arbeitsgruppen oder Investitionen im öffentlichen Finanzwesen.

Ein funktionsfähiges **öffentliches Finanzwesen** ist wesentlich für Entwicklungserfolge in allen Sektoren. Entwicklungsstrategien können ohne eine verlässliche Planung und Umsetzung der öffentlichen Gelder nicht wirkungsvoll eingesetzt werden. Die KfW stärkt gezielt das öffentliche Finanzwesen, damit in unseren Partnerländern die Staatsausgaben transparenter, effizienter und effektiver eingesetzt werden und durch eine verbesserte Steuererhebung zusätzliche Mittel für Entwicklung zur Verfügung stehen.

Direkte Wirkungen

Sowohl Vorhaben zur Unterstützung von Dezentralisierungsreformen als auch Budgethilfe erweitern den finanziellen Spielraum der lokalen und nationalen Regierungen, wodurch ein direkter und unmittelbarer Beitrag zum qualitativen Wachstum geleistet wird und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dies erfolgt im Rahmen der Budgethilfe durch Finanzierung der Umsetzung der nationalen Wachstums- und Armutsreduzierungsstrategie in den Partnerländern. Viele durch Budgethilfe unterstützte Länder konnten durch eine Erhöhung der Sozialausgaben beeindruckende Erfolge bei den Millennium Development Goals (MDGs) erzielen. In Ruanda zum Beispiel nahm die Müttersterblichkeit innerhalb der letzten fünf Jahre um 35 % ab, die Kindersterblichkeit halbierte sich fast, der Anteil der Armen sank von 57 % auf 45 %. 1,2

Millionen Menschen konnten so der Armut entkommen.

Bei Dezentralisierungsvorhaben werden in der Regel prioritäre lokale Infrastrukturmaßnahmen (wie z. B. Marktplätze, Schulen, Krankenstationen) finanziert, die von lokalen Bauunternehmen oft in arbeitsintensiver Form gebaut und später von Fachkräften Instand gehalten und betrieben werden. Als sekundären Effekt schafft diese Infrastruktur oftmals weitere Geschäftsmöglichkeiten und Arbeitsplätze, zum Beispiel wenn im Rahmen von Dezentralisierungsvorhaben ländliche Wege gebaut und Märkte angelegt werden, die es der ländlichen Bevölkerung ermöglichen, ihre Produkte zu verkaufen und damit Einkommen zu erzielen.

Indirekte Wirkungen

Governancevorhaben wirken nicht nur direkt über einen erhöhten Finanzierungsspielraum positiv auf qualitatives Wachstum und Beschäftigung sondern auch langfristig durch die Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Ansatzpunkte sind dabei beispielsweise die Stärkung des öffentlichen Finanzsystems oder die Verbesserung der Planungs- und Umsetzungskapazitäten der Gemeinden bei Dezentralisierungsvorhaben.

Dieser langfristige Beitrag von Governancevorhaben zu qualitativem Wachstum in den Partnerländern ist mittlerweile wissenschaftlich gut belegt. Studien zeigen, dass Länder, die von Deutschland Budgethilfe erhalten, den Staatshaushalt stärker an der nationalen Entwicklungsstrategie orientieren. Die EU weist nach, dass Länder mit einem hohen Anteil an Budgethilfe deutlich größere Fortschritte im Human Development Index und bei MDGs, die direkt durch die Regierung beeinflussbar sind (z. B. Bildung), gemacht haben. Eine Weltbank-Evaluierung belegt eine deutlich schnellere Armutsreduzierung in Budgethilfe-Partnerländern.¹

Budgethilfe trägt auch zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen bei und fördert damit das qualitative und quantitative Wachstum. In vielen Fällen ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen ein wichtiger Bestandteil der verbindlich zwischen Budgethilfegeber und Empfänger vereinbarten Leistungsziele und Gegenstand des mit der Budgethilfe verbun-

denen Politikdialogs. Damit setzt die Budgethilfe Anreize für Regierungen, das Investitionsklima zu verbessern und dadurch Arbeitsplätze und eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft zu schaffen. Im Rahmen der Budgethilfe mit Ghana wurde beispielsweise vereinbart, die Verwaltungsprozeduren zur Gründung und Registrierung von Unternehmen zu vereinfachen. Gleichfalls wurde das Ziel gesetzt, den Import und Export von Waren zu erleichtern. Die Ergebnisse der Anstrengungen der ghanaischen Regierung können sich sehen lassen: Laut Doing Business Indikatoren der Weltbank hat sich der Zeitaufwand für den grenzüberschreitenden Warenhandel seit 2006 halbiert. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der für die Unternehmensregistrierung notwendigen Prozeduren von elf auf sieben. Gleichzeitig wurden die mit der Unternehmensgründung verbundenen Kosten deutlich gesenkt.

Viele der beschriebenen Wirkungen lassen sich durch eine höhere Rechenschaftspflicht von politischen Entscheidungsträgern erklären. Dies fördert eine stärkere Ergebnisorientierung bei der Verabschiedung der nationalen Haushalte sowie eine verbesserte Umsetzung des öffentlichen Budgets. Dazu beigetragen haben eine höhere Transparenz im Haushaltsprozess sowie die stärkere Einbindung von Parlament, Medien und Zivilgesellschaft.

Im Bereich Dezentralisierung lassen sich auch positive Effekte im Bezug auf nachhaltiges Wachstum, Verringerung von Einkommensungleichheit und Erreichen der MDGs aufzeigen (Veigel, 2012). Dabei kommt ähnlich wie im Falle der Budgethilfe der Rechenschaftspflicht eine große Rolle zu. Langfristig ist „lokale Rechenschaftspflicht“ (insbesondere Partizipation auf lokaler Ebene) wichtig, weil dadurch eine Ausrichtung der Politik an den Bedürfnissen der Bevölkerung sichergestellt wird. Kurzfristig weisen aber diejenigen Länder die besten Ergebnisse auf, die eine ausgeprägte „Top-down-Rechenschaftspflicht“ haben, das heißt in denen Gemeinden durch zentralstaatliche oder unabhängige Institutionen ausreichend kontrolliert und unterstützt werden.³

Fazit

Durch die Governancevorhaben begleitet und unterstützt die KfW ihre Partner bei einem

Korruptionsbekämpfung, qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung

Korruption ist eines der wichtigsten Hindernisse für qualitatives Wachstum und produktive Beschäftigung überhaupt. Korruption ist nicht nur eine direkte Verschwendung von Ressourcen. Langfristig noch gravierender ist ihr Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Korruption schreckt Investoren ab und führt zu einer falschen Allokation von Ressourcen. Dadurch entstehen den Entwicklungs- und Schwellenländern laut Transparency International jedes Jahr Schäden zwischen 20 und 40 Milliarden US-Dollar.

Aus diesem Grund ist die Bekämpfung von Korruption eine hohe Priorität der Bundesregierung.² Budgethilfe ist ein besonders geeignetes Instrument, um die Anti-Korruptionsstrategien in den Partnerländern zu fördern. Dies kann über Performance-Kriterien für die Auszahlung der Budgethilfe erfolgen oder über die begleitende Unterstützung unabhängiger Kontrollinstitutionen wie zum Beispiel den nationalen Rechnungshöfen.

langfristigen Transformationsprozess hin zu guter Regierungsführung. Die Vorhaben schaffen unmittelbar Arbeitsplätze zum Beispiel bei der Umsetzung der nationalen Entwicklungsstrategie und bei Bau und Betrieb von lokaler Infrastruktur. Die langfristigen Wirkungen sind aber noch wichtiger, denn leistungsfähige lokale und nationale Verwaltungsstrukturen, die ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung nachkommen, verbessern staatliche Dienstleistungen, reduzieren Korruption und verbessern damit auch nachhaltig das Investitionsklima.

Weitere Informationen

Jonas Blume, Klaus Veigel
Sektorökonom, KC Governance
jonas.blume@kfw.de
klaus.veigel@kfw.de

http://www.kfw-entwicklungs-bank.de/ebank/DE_Home/Sektoren/Governance_und_Dezentralisierung/index.jsp

1 World Bank (2010), *Poverty Reduction Support Credits: An Evaluation of World Bank Support*, European Commission (2010), "Budget Support and MDG Performance", EC Development Paper No. 2010/01.

2 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012), *Antikorruption und Integrität in der deutschen Entwicklungspolitik*, BMZ Strategiepapier 4/2012.

3 K. Veigel (2012), "Decentralization Matters for the Poor", KfW Discussion Paper.